

Essentialisierung durch Gender Mainstreaming? : Dialog mit Annemarie Sancar über die geschlechterpolitischen Folgen eines Politikinstrumentes am Beispiel des Wassersektors

Braunmühl, Claudia von; Sancar, Annemarie; femina politica

2004

<https://doi.org/10.25595/3027>

Veröffentlichungsversion / published version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Braunmühl, Claudia von; Sancar, Annemarie; femina politica: *Essentialisierung durch Gender Mainstreaming? : Dialog mit Annemarie Sancar über die geschlechterpolitischen Folgen eines Politikinstrumentes am Beispiel des Wassersektors*, in: *Femina politica : Zeitschrift für feministische Politik-Wissenschaft*, Jg. 13 (2004) Nr. 2, 15–25. DOI: <https://doi.org/10.25595/3027>.

Essentialisierung durch Gender Mainstreaming?

Dialog mit Annemarie Sancar über die geschlechterpolitischen Folgen eines Politikinstrumentes am Beispiel des Wassersektors

Wasser ist eine knappe Ressource, die zunehmend durch Verschmutzung und Degradierung bedroht ist. Im Wassersektor zeichnen sich weitreichende Umbrüche in der politischen Steuerung dieses wichtigen Lebensmittels für Menschen und den Hauptnutzer Landwirtschaft ab. Wasserpolitiken versuchen durch die Einführung von Marktmechanismen, die Verteilung von Eigentums- und Nutzungsrechten und Ökosystemmanagement dem Wassermangel und der Übernutzung von Wasser Einhalt zu gebieten. Ein Betätigungsfeld der internationalen Entwicklungszusammenarbeit ist beispielsweise die Etablierung von Nutzergemeinschaften in Wassereinzugsgebieten. Frauen nutzen Wasser sowohl als Konsumentinnen wie auch als Agrarproduzentinnen und die Partizipation von Frauen in Wasserprojekten ist erklärtes Ziel. Spätestens durch das Politikinstrument Gender Mainstreaming soll ein projekt-immanenter Weg gefunden werden, den Frauen politische Mitgestaltung zu verschaffen.

Ausgehend von der Grundidee, die Wirkung frauenpolitischer Instrumente in Entwicklungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit zu thematisieren, entspann sich ein fruchtbarer Dialog mit Annemarie Sancar, Mitarbeiterin in der Schweizer Entwicklungszusammenarbeit, über die Chancen und Risiken dieser tools, z.B. Gender Mainstreaming in Interventionen, zur Verfestigung oder Verflüssigung überkommener Geschlechterbilder und -ordnungen. Das Gespräch führten Claudia von Braunmühl, Professorin für Internationale Beziehungen an der FU Berlin und Gastherausgeberin dieses Schwerpunktheftes, und Martina Padmanabhan für die Redaktion der *femina politica*.

***femina politica*:** Frau Sancar, in unserem Gespräch wollen wir das mögliche Umkippen von Gender Mainstreaming (GM) in sein Gegenteil diskutieren und diese Gefahr an dem konkreten Beispiel des Wassersektors nachvollziehen. Vor dem Hintergrund der Umsetzung des GM in der Schweizer Entwicklungszusammenarbeit sollen die Chancen und Gefahren eines *tool kit*, also eines Analyseinstrumentes in der Umsetzung diskursiv untersucht werden.

***Claudia von Braunmühl*:** *Tool kits* und andere Handreichungen können ohne ein gewisses Maß von Verallgemeinerung nicht auskommen. Entscheidend ist, wie viel Schließung die Texte und empfohlenen Verfahrensweisen *a priori* enthalten und wie schwer hintergebar sie sind. Positiv gewendet lautet das Kriterium, wie viel Öffnung und Differenzierung sie sowohl im institutionellen als auch im sozialen Anwendungsprozess ermutigen und zulassen.

Annemarie Sancar: Strukturelle und organisationsspezifische Bedingungen legen oft den Rahmen fest, in dem unterschiedlich große Spielräume geschaffen werden beziehungsweise mittels Vorgaben Schließungen bewirken. Die Anwendung von *tools* in bestimmten Kontexten der internationalen Entwicklungszusammenarbeit kann sicher Veränderungen bewirken, indem sie Diskussionsräume schaffen und Handlungsrichtungen aufzeigen. Durch *tools* eingeleitete oder gelenkte Interventionen mögen langfristig auf der strukturellen Ebene Veränderung schaffen, ein Rückschluss auf die Instrumente lässt sich aber kaum systematisch ziehen. Ob solche Interventionen zu mehr Schließung oder Differenzierung führen, hängt also nicht so sehr vom jeweiligen *tool* ab, zumindest nicht direkt, sondern von den Bedingungen, unter welchen die *tools* zur Anwendung gelangen, die aber oft gerade nicht Teil der spezifischen Intervention sind und somit nicht explizit mitgedacht werden.

fp: Bewirkt die Umsetzung von Gender-Politiken beziehungsweise GM mittels bestimmter *tools* und Bildungsaktivitäten zum Beispiel im Wassersektor, dass die Unterschiede der Realitäten von Frauen und Männern zunehmend naturalisiert und festgeschrieben werden? Untermauern solchen Praktiken Diskurse, welche die typischen Rollen von Frauen verfestigen?

von Braunmühl: Gerade im Wassersektor sind naturalisierende Geschlechterbilder empirisch hochwirksam. Brüche sind schwer auszumachen, in die hinein Fragen, die alternative Optionen eröffnen, handlungswirksam gestellt werden könnten.

Sancar: Die reproduktive Rolle der Frau steht am Anfang der Interventionskonzeptualisierung und schränkt den Blick vorerst ein. Allenfalls wird die Definition sekundär erweitert, indem auch gewisse produktive Aufgaben identifiziert werden, welche den Frauen zustehen. Dies ändert an der Logik indes wenig. Brüche können also nur da entstehen, wo Frauen den Zugang zum Wasser für reproduktive Zwecke definieren beziehungsweise ihren Einflussbereich über die reproduktive Rolle erweitern. Dies kann geschehen, indem sie zum Beispiel mittels Zufuhrsystemen, zweckspezifischer Einteilung oder Verwendung des benötigten Wassers für sekundäre Zwecke ihren Kontrollbereich ausweiten. Dadurch lassen sich über den Frauen zugeschriebenen Umgang mit Wasser gesellschaftliche Mitspracherechte eröffnen, die sich auch im produktiven oder politischen Bereich niederschlagen können. Die Beschreibung der Frauen als Zuständige für die reproduktiven Aufgaben steht auch am Anfang von Programmen, welche die Mehrbelastung der Frauen durch Einkommensförderung mittels Vereinfachung der Haushaltsarbeiten kompensieren wollen: Wasseranschlüsse werden ins Haus gebracht. Der Effekt wird generell als positiv gewertet, weil er in der Regel linear auf die reproduktive Arbeit bezogen ist und schlichtweg mehr freie Zeit mit sich bringt. Der Zweck des Wasserholens wird dadurch allerdings reduziert auf die (technische) Befriedigung der reproduktiven Bedürfnisse. Dass dabei auch Zeitsouveränität, der Zugang zum öffentlichen Raum, die Aufgabenteilung und Rollenver-

ständnisse unter Frauen verhandelt werden, wird zwar thematisiert, nicht aber systematisch in die Planung und Durchführung von Projekten einbezogen. Somit tauchen die Machtverschiebungen, die sich aufgrund der Wasseranschlüsse ergeben können, weder in der Formulierung der Ziele noch in der Durchführung der Interventionen auf.

von Braunmühl: Wenn meine These zutrifft, dass im Wassersektor naturalisierende Geschlechterbilder besonders wirksam und undurchdringlich sind, dann ist es unerlässlich, sehr genau zu beschreiben und zu analysieren, wie Fremd- und Selbstzuschreibung konstruiert sind, wo Diskrepanzen liegen und unter welchen Bedingungen welche Faktoren für Empowerment genutzt werden könnten. Es ginge also darum, so genannte *tools* und Instrumente auf deren Bedeutung und Relevanz hin zu untersuchen, die sie im Prozess der biologistischen Verfestigung von Ungleichheit spielen können.

Sancar: Hier geht es wiederum um die Frage nach den Zielgruppen. Der Zwang Zielgruppen zu definieren, um die Planung entsprechend einzurichten, hat notwendigerweise eine Vereinfachung zur Folge. Um die Orte eines möglichen Empowerments festzumachen und um Dynamiken zu beschreiben, sind andere Instrumente als das der Zielgruppendefinition notwendig. Doch scheint es deutlich plausibler, in festen Kategorien zu denken wie zum Beispiel Frauen, *vulnerable groups* etc. denn in Beziehungen. Solche Beziehungen beinhalten unter anderem auch (essentialisierende) Zuschreibungen, welche Identitätskonstruktionen auszurichten vermögen. Offenbar stehen hier aber institutionelle Grenzen im Wege, die es uns schwer machen, genau hinzuschauen und die Fragen zu stellen, die vermögen die Empowerment-relevanten Aspekte eines Kontextes zu destillieren. *Tools*, die Muster von geschlechtergerechter Entwicklung aufzeigen – im Sinne von *blueprints* für Monitoring –, machen es einfacher. Sie geben Orientierung und einen Rahmen, auf den man sich zurückziehen kann. Deshalb machen harte Instrumente zumindest vorübergehend Sinn. Um aber die Dynamiken von Empowerment zu erfassen, braucht es auch *tools*, die nicht lösungsorientiert sind, sondern aus verschiedenen Perspektiven neue Fragen aufwerfen. Solche *tools* stehen oft quer in der Landschaft der *audit-culture* einer Entwicklungsorganisation, die mehr die eigene Leistung misst, als die Veränderungen, dort wo sie interveniert.

fp: Hier bewegen sich die Resultate von Interventionen dynamisch über das abgesteckte Projektfeld hinaus. Was folgt daraus für *tool kits*?

Sancar: Instrumente des GM müssen darauf ausgerichtet sein, Brüche zu erkennen und über die Sektorgrenzen hinaus nach Verschiebungen zu fragen. Dies gelingt eher, wenn sie auf möglichst präzise und differenzierte Kontextanalysen bezogen werden und nicht in die Falle der Bedürfnisanalyse fallen. Denn die Frage nach Bedürfnissen kann eine Dynamik auslösen, bei der die Situationsbeschreibung durch die befragten Leute in den gleichen Bildern verfasst ist, wie die stereotypisierten Vorstellungen der

Rollenteilung, welche von den Agenturen der Entwicklungszusammenarbeit vermittelt werden. Indem die so genannten *beneficiaries* auf den Diskurs der Geldgeber und auf ihre eigenen, also autochthonen Bilder zurückgreifen – falls sie Anknüpfungspunkte bieten – verstärkt sich diese Dynamik der Selbst- und Fremdzuschreibungen. Sie erschwert aber eine Differenzierung und verschließt den Blick auf mögliche, durch Interventionen bewirkte Brüche. Eine verbesserte Wasserversorgung bringt zwar Modernisierung, dies wäre aber genau als Moment zu verstehen, in dem Geschlechterrollen in Bewegung geraten können. GM ist hier gefordert, solche Brüche mit ihren möglichen Bewegungsräumen systematisch zu reflektieren.

Auch hier stellt sich die Frage, wie viel Differenzierung beziehungsweise wie viel Aufweichungen von Kategorien zugelassen und Dekonstruktionen möglich sind. Angesichts der zu erbringenden Leistung, um die Orte der Brüche zu identifizieren, bleibt offen, wie viel Unordnung aushaltbar ist, wenn dadurch die herkömmlichen Auslegeraster in Frage gestellt werden.

fp: Was sind die Mechanismen, welche die emanzipatorische Grundidee von GM in der Entwicklungszusammenarbeit in ihr Gegenteil verkehren könnten?

Sancar: Die Mechanismen sind auf mindestens drei verschiedenen Ebenen zu verorten: auf der makroökonomischen, der der Organisationskultur und innerhalb des politischen Rahmens des Entwicklungssektors. Die Verflechtungen der Weltwirtschaft setzen den Rahmen für die globalen Verteilungskämpfe, in denen die multinationalen AkteurInnen die Handlungsspielräume eines Empfängerstaates nach ihrer Logik der Gewinnmaximierung mitstrukturieren. Die Entwicklungszusammenarbeit setzt Impulse in Richtung Empowerment, gleichzeitig muss sie sich weltmarktorientierten Spielregeln unterwerfen. Zudem ist sie mit einer Anzahl von organisationspolitischen Veränderungen hin zu mehr Technokratie konfrontiert. GM findet nicht in einem luftleeren Raum statt, sondern ist ebenfalls Teil dieser Dynamik. Mainstreaming Gender unter diesen Bedingungen heißt zum Beispiel die Auseinandersetzung mit einer marktwirtschaftlich erdachten *audit-culture*, die dazu dient, das Politische zu entpolitisieren, die Machtfrage zu verrücken und der Logik der Gewinnmaximierung Vorschub zu leisten.

fp: Greift GM angesichts solcher Rahmenbedingungen zu kurz?

Sancar: Ich bin der Meinung, dass wir diesen Rahmenbedingungen, unter welchen GM realisiert werden soll, viel zu wenig Beachtung schenken. GM ist zu wenig auf größere Kontexte bezogen; GM ist eben nur eine Methode und kein Programm. Erst die Verknüpfung mit einem Empowerment-Ansatz, der in der Tat die Voraussetzungen eines politischen Programms erfüllt, indem er die dominanten Machtverhältnisse herausfordert, ermöglicht es, das übergeordnete Ziel der Geschlechtergleichstellung zu verfolgen. Das heißt auch, dass die patriarchalen Strukturen als bedingende Faktoren viel genereller und umfassender hinterfragt werden müssen. Nämlich auch dort, wo

wirtschaftspolitisch relevante Entscheidungen gefällt werden und wo Ausschluss organisiert wird. Ein *tool kit* ist also bloß ein Instrument, das sich sehr unterschiedlich umsetzen lässt. Im Zweifelsfalle auch von AkteurInnen, die ein Programm verfolgen, das dem feministischen Anspruch entgegen läuft. Trotz dieser Offenheit kann GM durchaus sinnvoll sein, um Diskussionsräume zu öffnen, um vermeintliche Selbstverständlichkeiten in Frage zu stellen, um Diskriminierungsmechanismen aus anderen Perspektiven unter die Lupe zu nehmen. Entscheidend ist vielleicht nicht so sehr das Instrument als solches, sondern die Art und Weise, wie es eingesetzt und wie beharrlich damit politisiert wird.

fp: Kann ein *tool kit* also durchaus subversives Potenzial enthalten, wenn es nicht auf Ignoranz stößt? Was heißt das konkret im Wassersektor?

Sancar: Die Situation ist folgende: Wasser ist nur noch beschränkt ein öffentliches Gut, das heißt immer mehr Wasser ist privatisiert, und sein Preis wird auf den großen Märkten verhandelt. Zugang zu diesen Aushandlungs- und Entscheidungsprozessen bleibt den „kleinen AkteurInnen“ verwehrt. Verschärft wird dadurch der Kampf um das Wasser im alltäglichen Gebrauch, und Zugänge werden entsprechend der bestehenden Machtverhältnisse geregelt. Werden aber die übergeordneten Verhältnisse nicht mit berücksichtigt, können sich die Verteilungskämpfe um die knappe Ressource Wasser unter denjenigen BenutzerInnen verschärfen, die ohnehin kaum Zugang haben. Das kann beispielsweise bedeuten, dass Wasser vermehrt da verwendet wird, wo sich ein Gewinn erwirtschaften lässt, und dort gespart wird, wo die Arbeit nicht als solche gewertet wird. Auf Seiten der marktorientierten Produktion sind wiederum Männer die stärkeren Akteure als die Frauen, deren Wasserverbrauch als nicht rentabel in den Hintergrund gerät. Gerade wenn Projekte zugunsten einer bäuerlichen Gemeinschaft deren Weg zum Markt bereiten und verbessern sollen, hat das indirekt Auswirkungen auf die Produktwahl und somit auch auf die Bewertung der Tätigkeiten innerhalb eines Haushaltes.

fp: Wer führt diesen Diskurs über die Ressource Wasser und mit welchen Argumenten? Was wird ausgeblendet, wer wird ausgeschlossen?

Sancar: Hier handelt es sich um einen Diskurs, welcher auf der Logik von Wachstum und gewinnorientierter Wirtschaft beruht, in der die „Zielgruppen“ nicht in erster Linie als AkteurInnen und politisch handelnde Subjekte einbezogen werden, sondern als konsumierende, deren Bedürfnisse irgendwie zu befriedigen sind: „Die Armen wollen sauberes Wasser, ihnen ist letztlich egal, woher es kommt.“ Der Logik eigen ist weiter eine Geschlechterneutralität – Konsumierende sind alle gleich –, die sich vor dem Hintergrund der institutionalisierten Machtverhältnisse zwischen den Geschlechtern zugunsten der Männer auswirkt. Nicht-monetarisierte oder monetarisierbare Bereiche bleiben in einer Weise abgesondert, oft unter der „Obhut“ der Frauen. GM setzt in der Regel hier an, weil dies die augenfälligsten Ungleichheiten sind. Die Aktivitäten dür-

fen sich aber nicht auf diesen Bereich beschränken, sondern müssen den Blick auch auf die monetarisierten Sektoren richten und die Frage nach der Durchlässigkeit stellen. Diese kann sicher Differenzierung zulassen, die auch die stereotype Zuordnung der Frauen zu dem reproduktiven Sektor in Frage stellt. Sie kann aber auch Risiken beinhalten, denn oft sind es gerade die Löcher in diesen Grenzen, welche einzelnen Frauen den „Aufstieg“ ermöglichen und damit die Hierarchie unter den Frauen verschärfen. Die Stereotypen bleiben somit erhalten, obschon einzelne nun die Möglichkeit haben, sich außerhalb derer zu bewegen. Es stellt sich die Frage, inwieweit geschlechtsspezifische Programme darauf Einfluss nehmen können, dass möglichst geschlechterdemokratisch über den Zugriff auf solche neuen Möglichkeiten entschieden wird. Interventionen sollen in diesem Fall Empowerment-Strategien fördern, die sich nicht nur auf individuelle „Karrieren“ beziehen, sondern Orte für kollektives Handeln eröffnen, zum Beispiel für das Aushandeln der Wassertarife.

von Braunmühl: GM bewegt sich im institutionellen Gefüge. Es ist zunächst eine Anforderung an die mit Entwicklungsvorgängen befassten Organisationen in der Entwicklungszusammenarbeit. Über die institutionell vorgegebenen Kooperationsbezüge hinaus wird GM zunächst einmal lokale Anschlüsse bei frauenspezifischen Administrationen und Organisationen suchen. Dies soll und muss auch jenseits des geschlechterpolitischen Verständnisses der Frauenbündnisse vor Ort geschehen. In der Regel gehen diese Einheiten vor allem im ländlichen Raum und im Umkreis von Wasserver- und -entsorgung von gegebenen Geschlechterordnungen aus. Sie konzentrieren sich auf die Verbesserung der Modalitäten (praktische Bedürfnisse), bestenfalls auf eine Erweiterung von Mitspracherechten. Meist sind die Ziele auch gar nicht anders gesteckt. Von der Begrenztheit der Artikulationsräume abgesehen, sind Frauen im Status quo der Geschlechterordnung ihre Klientel. Gleichzeitig sind sie Basis im politischen Kräftefeld und in der Konkurrenz um Ressourcen bei stets gefährdeter Existenzbehauptung.

Sancar: Im Lichte dieser Argumentation müsste das Konzept der „Zielgruppen“ überdacht werden. Zielgruppen würden sich aufgrund von Analysen und Aktivitäten ergeben, sie würden also nicht am Anfang der Definitionskette stehen. Dadurch würden die starren Grenzen aufgebrochen, welche diesen Kategorisierungen zugrunde liegen, was mehr Raum für Entklientelisierung oder Empowerment eröffnen könnte. Dies steht im Widerspruch zur Audit-Kultur der Verwaltungen, welche darauf ausgerichtet sind, ihre Leistung an der „Zielgruppenzufriedenheit“ zu messen. Damit reproduzieren sie gleich auch ihre Klientinnen, nämlich die zu bedürfnisspezifischen Gruppen zusammengefassten BürgerInnen. Das Controlling mag zwar Aufschluss über (quantifizierbare) Veränderungen innerhalb einer festgeschriebenen KlientInnengruppe geben, nicht aber über die Prozesse der Gruppenkonstruktionen. Die Rolle, welche der Organisation selbst zukommt, wird gar nicht erst systematisch mitgedacht. Als ein quasi in sich geschlossenes Dienstleistungssystem reproduziert auch die Verwaltung

der Entwicklungsgelder ihre Klientel, nämlich die Armen aus dem Süden. Der „Süden“ ist also nicht nur eine Himmelsrichtung und ein Element des Globalisierungsdiskurses, er ist auch eine Kategorie der Verwaltung. Diese Kategorisierung von Armut ermöglicht auch die „Evakuierung“ von Ungleichheit, deren Ursachen umfassend und systematisch zu begreifen wären. Wenn GM etwas bewirken soll, muss es sich also auch um diese Ebene bemühen. Es muss die Verortung der Armen als Kategorie der Verwaltungsmaschinerie aufzeigen und sichtbar machen, wie damit Geschlechterstereotypisierungen ermöglicht und Hierarchien verstärkt werden. Unter den gegebenen Bedingungen entsteht der Eindruck, dass nicht selten (und auch nicht zufällig) politische und operationelle Anschlüsse legitimiert werden, welche Empowerment gerade nicht ermöglichen, sondern die Geschlechterhierarchien verstärken.

von Braunmühl: Empowerment und Essentialisierung schließen sich nicht aus. Es ließe sich im Gegenteil begründet die These vertreten, dass sie einander in bestimmten Phasen bedingen. Keine Frauenbewegung hat hochdifferenziert begonnen, sondern mit der Revolte gegen die Unsichtbarkeit und Unterdrückung von *Frauen* als Ausgangspunkt. Wie der Stand der wahrgenommenen und artikulierten Differenzierungen in einem Land oder einer Region ist, muss im Einzelnen erkundet werden. Auf jeden Fall muss der Zusammenhang zwischen der Wirksamkeit naturalisierender Geschlechterbilder, Essentialisierung und *disempowerment* beziehungsweise Konsolidierung des Gender-Status quo in Bezug auf den *tool kit* beziehungsweise GM transparent gemacht werden.

Sancar: Essentialisierte Problembeschreibungen machen durchaus Sinn. Einerseits können sie zu Mobilisierungszwecken leicht verständlich breit gestreut werden und somit als Basis für eine kollektive Empowerment-Idee dienen. Auch so genannte „Frauenprojekte“ können diese Wirkungen haben. Andererseits stellt sich die Frage der Zeit beziehungsweise der Situation, in welcher das Verhältnis zwischen dem Veränderungspotenzial und der Zementierung des Status quo zugunsten des letzten dreht. Im lokalen Wassermanagement kann das bedeuten, dass Frauen entweder Zugang zu den von Männern initiierten Komitees haben und sich dort mit der so genannten kritischen Masse von 30 Prozent Raum verschaffen. Es kann aber auch der Fall sein, dass Frauen bereits über eigene Komitees verfügen, die sie nun auch für die Diskussion über die Wasserverteilung nutzen und ihre Meinung dann in das entscheidende Gremium einbringen. Eine weitere Möglichkeit ist die Gründung von Parallelstrukturen, das heißt Frauen unterhalten ihre eigenen Wasserkomitees, in denen sie Themen rund um ihren Wasserbedarf diskutieren. Dies kann zunächst sehr sinnvoll sein, weil die Frauen so eine Chance haben, sich zu Themen zu organisieren und im Meinungsbildungsprozess einen Grundstein für weiteres kollektives Handeln zu legen. Die so manifestierte Organisationsbereitschaft der Frauen könnte also ein Ansatzpunkt für über den Wassersektor hinaus reichende Interventionen sein, die nicht die Organisation als solche, sondern das politische Ziel der Gleichstellung ins Zentrum stellen.

fp: Was bedeutet dieser schmale Grad zwischen Veränderung und Zementierung der konkreten Geschlechterverhältnisse für die Konstruktion eines *tool kit*?

Sancar: Ein *tool kit* für GM soll solche Aktionen nicht als „Women in Development“-Aktivitäten von vornherein disqualifizieren. Vielmehr müsste ein Instrument für GM dazu dienen, die Momente und Schritte zu identifizieren, wo die Empowerment-Strategien anzusetzen haben. Das heißt konkret auch die Beziehungen zu den Männern in den Blick zu rücken, die geschlechterspezifischen Bilder zu untersuchen und auffällige Veränderungen zu registrieren. Ein *tool kit* soll weiterhin aufzeigen, welche Anpassungen sinnvoll sind oder ob ganz anders vorzugehen ist. Er muss auch das Instrumentarium für ein Monitoring liefern – und zwar nicht im Sinne von objektiv messbaren Veränderungen, sondern einer qualitativen Prozessbeobachtung. Oft scheitert es daran, dass genau dieses Monitoring, das nach qualitativen Veränderungen fragt und entsprechende Anpassungen vorschlägt, nicht genügend organisationspolitische und ressourcenspezifische Beachtung findet.

fp: Um die abstrakten Begriffe griffiger zu machen, was würde diese Prozessbeobachtung für das genannte Beispiel Wassersektor konkret bedeuten?

Sancar: Monitoring im Wassersektor bedeutet die Begleitung der Prozesse, die tatsächlich in der Gruppe stattfinden. Aber auch die Veränderung von Themen, die Art und Weise der Kommunikation zwischen Gruppen und ob sich Zugriffe auf Wasser verschieben, können einen Fokus bilden. Es geht aber auch darum, längerfristig zu erfassen, ob Frauen die Kontrolle als solche wahrnehmen, ob sie untereinander verteilt wird, ob einzelne Frauen zu Führungsfiguren werden und wie die Gruppe damit umgeht usw. Ob sich etwas bezüglich der Geschlechterrollen verändert, ist ebenfalls nur längerfristig zu erkennen. Dabei geht es nicht darum, vor allem nach dem Rollentausch Ausschau zu halten, sondern ob sich neue Möglichkeiten auftun und sich die Regelung des Zugangs zu anderen Rollen verändert. Das könnte passieren, indem Frauen zum Beispiel mehr marktorientierten Bewässerungsanbau betrieben, bestimmte Frauen die reproduktiven Rollen an andere delegierten (in einer hierarchischen Linie) oder Männer vermehrt reproduktive Tätigkeiten ausübten. Ein solches Monitoring kann nicht in einem Jahreszyklus realisiert werden. Es bedarf einer längerfristigen Perspektive und einer wiederkehrenden konzeptuellen Reflexion. Hier stellen sich natürlich die konkreten Fragen im Anschluss: Wer könnte dieses Überdenken leisten und gelingt es, die Erkenntnisse dort einzuspeisen, wo die Programme gesteuert werden?

Wie bereits angedeutet, wird dann auf *tool kits* zurückgegriffen, wenn Handlungssicherheit gesucht wird und in schwierigen Situationen Orientierungshilfen benötigt wird. Gute *tools* sind solche, die einerseits diesen Halt geben, andererseits den BenutzerInnen aber auch Mut machen, in diesen Zwischenlagen nach Veränderungsmöglichkeiten zu spähen, ohne sie dabei zu überfordern – was selbstverständlich entspre-

chende Arbeitsbedingungen voraussetzt. Dieses Sicherheitsbedürfnis hat viel mit der Frage nach Quantifizier- und Messbarkeit zu tun. Die wiederum hängt mit der Logik der „New Public Management“-Kultur zusammen. Hier zählen weniger die qualitativen Aussagen über Veränderungen, als die auf Effizienz hinweisenden quantitativen Verschiebungen – auch im Hinblick auf drohende Sparmassnahmen. *Tool kits* dürfen dieser Entwicklung auf keinen Fall Hand bieten, sie sollen aber auch nicht zu Handlungsunfähigkeit führen. Ich bin der Meinung, dass es sehr am gesellschaftspolitischen Umfeld liegt, indem internationale Entwicklungszusammenarbeit betrieben und *tool kits* bereitgestellt werden – und zwar oft mehr als am Inhalt des *tool kit* selber – sowie an den Möglichkeiten sozialwissenschaftliche Erklärungsansätze zuzulassen, die zusätzliche Hilfe bieten zu verstehen, was passiert, wenn Wasser verteilt wird.

fp: Wie kann man sich die Anwendung eines *tool kit* für GM im Wasserektor vorstellen und mit welchen Konsequenzen?

Sancar: Alle Menschen sollen Zugang zu sauberem Wasser haben. Um dieses Ziel zu erreichen, gibt es verschiedene Wege. Welcher der Wege gewählt wird – ob es mittels basisdemokratisch geführter Prozesse oder mittels Auslagerung und Zusammenarbeit mit Privaten erreicht wird, ob Frauen und Männer als separate Gruppen berücksichtigt werden oder ob das Individuum geschlechtsneutral in seiner Funktion als KonsumentIn vorkommt –, wird politisch und in der Regel nicht an Ort und Stelle entschieden. Interessant ist die Tatsache, dass solche Entscheidungen in einer Logik der Ungleichzeitigkeit gefällt werden: Zuerst wird ökonomisch abgewogen, erst dann kommen auch soziale und politische Argumente zum Zuge. Die Geschlechterneutralität überdeckt die Frage nach genderspezifischen Ungleichheiten, und das macht es oft so schwierig, GM als Anschlussstrategie einzuführen und damit auch die notwendigen Monitoringinstrumente. Die Übersetzungsarbeit von einer Logik in die andere gestaltet sich als sehr aufwendig.

Doch nur das differenzierte Instrumentarium eines auf Gleichstellung ausgerichteten GM kann sicherstellen, dass die entscheidenden Ausschlussmechanismen auch wirklich erfasst werden. Die Zusammenarbeit mit dem Privatsektor ist eine der bedeutungsvollen Strategien der Entwicklungszusammenarbeit. Hier gilt es, besonders aufmerksam hinzuschauen. Auch wenn solche Kooperationsformen nicht *per se* demokratiefeindlich oder genderblind sein müssen, gibt erst die Analyse von den je unterschiedlichen Diskriminierungsbegründungen Aufschluss über genderspezifische Ausschlussmechanismen, die folgendermaßen aussehen können: Frauen haben keinen Zugang zu Wasser, weil das Recht auf Wasser an Landrechte gekoppelt ist. Die Verteilungsmechanismen liegen außerhalb der von Frauen frequentierten Sphären. Privatisiertes Wasser ist nur zugänglich, wenn Geld vorhanden ist. Wasser wird nur für den Anbau bestimmter Pflanzen verwendet, die Frauen gerade nicht für sich in Anspruch nehmen. Frauen werden aus Gründen der Rollenteilung nicht zugelassen etc. Ein erfolgreiches GM muss auf solche Analysen setzen können, die einerseits die Pro-

zesse genau ausleuchten, andererseits Hinweise auf Handlungsspielräume geben, wo sich Zuschreibungen und vermeintlich festgesetzte „Gewohnheiten“ verschieben lassen. Die Übergänge zu mehr Privatisierung können gleichzeitig entscheidend für Diskriminierungsverdichtungen sein und für die Öffnung neuer Möglichkeiten. Neuregelungen von Besitzverhältnissen und der Zugang zu natürlichen Ressourcen, Technologien und Informationen für deren Management sind nie geschlechtsneutral, auch wenn sie oberflächlich so erscheinen. Unter den modernen Voraussetzungen sind die Frauen sicher nie automatisch die Gewinnerinnen. Stereotype Vorstellungen von Rollen und patriarchale Gewohnheiten des Verhandeln aller beteiligter Parteien führen nämlich immer wieder dazu, dass Land- und Wasserrechte unhinterfragt bleiben, die Partizipationschancen der Frauen also höchstens im Rahmen des gesetzten Rechts erweitert werden. Institutionelle Veränderungen können somit auch nicht programmatisch verfolgt werden. *Tool kits* sollen dazu dienen, immer wieder an der Oberfläche zu kratzen und nach gleichstellungsrelevanten Prozessen Ausschau zu halten: Wer sind die BürgerInnen, die mitentscheiden und wer sind die Konsumierenden, die darauf warten, Wasser zu bekommen?

von Braunnühl: Um den politischen Ansatz und die Methode von GM – und nicht so sehr die Technik – in den Vordergrund zu stellen, bietet sich ein Blick auf die Umsetzung in der entwicklungspolitischen Organisation an. GM hat mindestens drei distinkte Phasen, die verdeutlichen, in welchem Kontext sich die Umsetzung bewegt. Verschriftlichung, institutionelle Handhabung und die lokalen Kooperationsbezüge bergen Chancen und Risiken für einen *tool kit* in sich. Die erste Phase der Verschriftlichung, das heißt Mandat, Handreichungen, *tool kits*, Sektorrichtlinien etc., das ist die Schnittstelle frauenpolitischen und gegebenenfalls auch feministischen Engagements sowie institutioneller Akzeptanz.

Sancar: Die Organisation übernimmt die Verantwortung für die Politik der Geschlechtergleichstellung. Sie erkennt GM als transversale Aufgabe an und unterstützt alle Unterfangen, welche dazu beitragen, die Genderungleichheiten zu verringern. Es ist von großer symbolischer Bedeutung, dass das Topmanagement einer Agentur politisch Farbe bekennt. Dies gilt sowohl für die Organisationskultur als auch für das internationale Auftreten. Diese klare Positionierung, wie sie auch die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) der Schweiz vorgenommen hat, mündet in der Regel in die Verschriftlichung. Die DEZA hat 2003 eine für alle Mitarbeitenden verbindliche Gender-Politik herausgegeben. Darin wird der dreistufige Ansatz deutlich gemacht, bestehend aus Gender als transversalem Thema in allen Interventionen, genderspezifischen Interventionen, falls die Ungleichheiten dies erfordern, und betrieblicher Gleichstellung. Letztere ist insofern von Bedeutung, als sie sich auch auf die eigene Organisationslogik, die Personal- und Lohnpolitik, die Kultur und das Budget auswirkt. Inwieweit die Umsetzung wirklich stattfindet, bleibt als Frage vorläufig offen. Noch ist nicht festzustellen, was sich an den Geschlechterverhältnissen tatsäch-

lich verändert – darüber sagen nicht die politisch korrekten Selbstbeschreibungen der Mitarbeitenden etwas aus, sondern vielmehr die in einem differenzierten Monitoring-system begleiteten Veränderungen auf allen Ebenen der Organisation, inklusive der Budgetallokationen. GM im Controllingssystem bleibt indes eine große Herausforderung, nicht zuletzt auch unter den von Sparmaßnahmen gekennzeichneten Bedingungen. Gleichzeitig sind genau dies die Momente, wo GM auch erhellende Erkenntnisse bringt bezüglich der in der Organisationslogik angelegten Diskriminierungen und entlang der Geschlechterdifferenzen. Damit zeigt GM auch Wege auf, über die Veränderungen erreichbar sind.

von Braunmühl: In der zweiten Phase der institutionellen Handhabung muss GM durch neoliberale polit-ökonomische Rahmenbedingungen, patriarchale Bürokratiestrukturen und subjektive Bedrohtheitsgefühle und Widerstände hindurch.

Sancar: Da stellt sich die Grundsatzfrage, ob das geschlechterspezifische Machtverhältnis von innen in Frage gestellt werden kann. Das würde bedeuten, dass wir nicht durch die neoliberalen Rahmenbedingungen einfach hindurchgehen, sondern diese auch beeinflussen sollen und wollen. Es geht darum, genügend Ressourcen zur Verfügung zu stellen, um neue Räume zu öffnen, alternative Logiken zu entwickeln, nach Mitteln und Methoden zu suchen, welche reduktionistische Vereinfachungen verhindern. Die Praxis der Entwicklungszusammenarbeit, welche auf die Kategorie der verletzlichen Gruppen setzt, zum Beispiel der Frauen, und die Handlungen als wohlfahrtsstaatliche Leistungen an spezifische Zielgruppen ausweist, verfestigt indes diese Kategorisierungen, ohne überhaupt den Blick auf die strukturellen Hintergründe der genderspezifischen Ausgrenzungen werfen zu müssen. Das heißt, wir benötigen Methoden und entsprechende Leistungsindikatoren, die Ausgrenzung genderspezifisch lesen und auch die Diskriminierungsprozesse erkennen, welche sich hinter solchen Kategorisierungen verbergen. Doch eines ist klar, die Frage nach den subversiven Vorgehensweisen im Innern einer Organisation stellt sich immer wieder, eine klare Antwort gibt es nicht.

von Braunmühl: In der dritten Phase sind lokale Kooperationsbezüge wichtig. Was hier in welcher *shape and form* ankommt und durch welche organisatorisch sowie sozio-kulturell vermittelten Aneignungs- und Umformungsprozesse stattfindet, das ist viel zu wenig beobachtet und systematisch aufgearbeitet. Wenn auf dieser Ebene kontraproduktive Wirkungen erkennbar und nachweisbar würden, wäre das in hohem Ausmaß alarmierend.

Sancar: Die DEZA hat ihr *tool kit* vor gut einem Jahr herausgegeben. Seither wird das Instrument in den Ländern der DEZA-Aktivitäten inklusive der Schweiz selber verwendet, zum einen bei strategischen Prozessen, zum anderen um spezifische Interventionen zu planen oder bereits laufende Aktivitäten anzupassen. Das *tool* ist wertvoll, was die kritische Reflexion von bestimmten Handlungen betrifft. Das *tool kit*